

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Deutscher Jagdverband e.V.**  
**Chausseestraße 37**  
**10115 Berlin**

DIE LINKE zu Fragen des Deutschen Jagdverband e.V.

## Jagdpolitische Fragen

---

### 1. Hält Ihre Partei eine Änderung des Bundesjagdgesetzes für erforderlich, wenn ja, in welcher Form?

Ja. DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass im Bundesjagdgesetz das gesellschaftspolitische Ziel der Jagd als Beitrag zu einer möglichst naturnahen Wald, Land- und Fischereiwirtschaft formuliert und das Prinzip „Wald und Wild“ konsequent verankert wird. Außerdem möchte DIE LINKE auch die Jagdausbildung stärker an den gesellschaftspolitischen Anforderungen im Sinne einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausrichten und die Themen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Ökologie und Waldbau stärken. Bundeseinheitliche Vorgaben zum Schießübungsnachweis im Rahmen der Jäger/innenprüfung sowie zur Verlängerung des Jagdscheines sind aus Sicherheitsgründen zu begrüßen. Desweiteren verweist das Bundesjagdgesetz bislang lediglich auf die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Waidgerechtigkeit, während der dahinter stehende Kanon an Regeln und Normen bisher nicht rechtsverbindlich festgeschrieben ist. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu erhalten, sind aus unserer Sicht sachliche Diskussionen zum Regelwerk notwendig.

---

### 2. Erkennt Ihre Partei das Jagdrecht als Schutzrecht an? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Jagd findet im Ökosystem statt, Wild ist ein wichtiger Teil dieses Ökosystems, in dem die Jagd auch die Funktion der fehlenden großen Beutegreifer übernimmt. Insofern hält DIE LINKE ihre Einbindung in den Naturschutz sehr wichtig.

---

### 3. Erachtet Ihre Partei eine Kürzung oder Erweiterung des Katalogs jagdbarer Arten für erforderlich? Wenn ja, warum?

Nein. DIE LINKE hält es für geboten, die Liste der jagdbaren Tierarten regelmäßig zu prüfen mit dem Ziel, vor allem die Tierarten aufzuführen, die auf absehbare Zeit tatsächlich bejagt werden können, für die es eine sinnvolle Nutzung oder einen wildbiologisch ableitbaren Bejagungsgrund gibt. Dafür muss aus unserer Sicht auch die jagdliche Forschung personell und finanziell deutlich aufgewertet werden, damit Bestandsdynamiken und Konsequenzen für das Ökosystem Wald oder die Agrarlandschaft exakter bewertet werden können.

---

### 4. Unterstützt Ihre Partei die Bejagung von Prädatoren und deren Nutzung durch Verarbeitung der Bälge?

DIE LINKE hält die Bejagung von Prädatoren für gerechtfertigt, wenn es eine ökologische oder tierseuchenrechtliche Notwendigkeit dafür gibt. Die Nutzung der Bälge ist keine Rechtfertigung für die Tötung von Tieren und ist deshalb als Motivation für die Bejagung auch von Prädatoren auszuschließen. Gleichzeitig ist die Nutzung der Bälge sinnvoll, wenn die Tiere nachweisbar aus anderen gesetzlich legitimierte Bejagungen stammen. Die Kontrollsysteme müssen das allerdings auch sichern. DIE LINKE vertritt den Ökosystemansatz für die Jagd, also das Prinzip „Wald und Wild“, was eine enge, konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Flächennutzerinnen und -nutzern voraussetzt. Für das Töten von Wildtieren bedarf es nach Tierschutzgesetz eines vernünftigen Grundes. Dazu gehört das öffentliche Interesse am Wild als Lebensmittel oder der Ersatz oder die Ergänzung natürlicher Beutegreifer. Zwar gehört z.B. der Fuchs nach Bundesjagdgesetz zu den jagdbaren Arten. Ihre günstige Populationsentwicklung, die u.a. auch auf den einfachen und hohen Futterzugriff im ländlichen wie im urbanen Raum zurückzuführen ist, und die wenigen natürlichen Feinde, sind aus unserer Sicht hinreichende Gründe für ihre Bejagung, zumal hohe Fuchsbesätze auch die Probleme der Bodenbrüter und des Niederwilds verstärken. Die Jagd zur Trophäenbeute sowie für die Fell- und Pelzgewinnung ist aus Sicht der LINKEN jedoch nicht zulässig.

---

### 5. Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Fanggeräten/Fallen für die Bejagung von Prädatoren?

Auch bei der Jagd gilt der Grundsatz, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund bedeutet die Fallen- oder Baujagd eine besonders hohe Verantwortung, ist aber in bestimmten Fällen unverzichtbar, z.B. bei der Jagd auf invasive Arten. Die Aufnahme eines Sachkundenachweises und zertifizierter Fallen sind geeignet für ein tierschutzgerechtes Vorgehen.

---

**6. Wie soll das Management invasiver gebietsfremder Arten gemäß entsprechender EU-Verordnung in Deutschland umgesetzt werden?**

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass es zukünftig einen einheitlichen Rahmen zum Umgang mit als invasiv eingestuften Tieren und Pflanzen geben soll. Zu befürchten ist jedoch, dass in diesem Zusammenhang tierschutzkonforme Maßnahmen zur Eindämmung vor allem invasiver Tierarten vernachlässigt werden und der Druck auf Tierheime sowie Tierauffangstationen weiter zunehmen wird. DIE LINKE fordert jedoch, dass mit „Beseitigung“, welche auf die vollständige und dauerhafte Beseitigung einer Population abzielt, nicht ausschließlich letale Methoden gemeint sind, sondern dabei der Fokus auf tierschutzgerechte und nicht-tödliche Methoden gelegt wird. Außerdem muss hinsichtlich der Managementmaßnahmen den tierschutzgerechten Möglichkeiten Vorrang gewährt werden, um sowohl Stress, Schmerzen, Leiden und Schäden betroffener Tiere zu minimieren und ganz zu vermeiden.

---

**7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Pflichtmitgliedschaft der Jäger in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), der gesetzlichen Unfallversicherung, aufzuheben und sich für eine Änderung des Sozialgesetzbuches stark machen? Wenn nein, warum nicht?**

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass die Jägerschaft in einer Solidargemeinschaft so eingebunden wird, dass einerseits der notwendige Schutz realisiert wird, andererseits die Belastung so ausgestaltet wird, dass es zu keiner Überforderung kommt. Wir wollen keine sozialen Hürden für die Jagdausübung.

---

**8. Wie stehen Sie zur Befriedung von Jagdflächen für natürliche und juristische Personen?**

Das Eigentümerrecht auf Befriedung aus ethischen Gründen (Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte) ist zu respektieren, sollte jedoch die Ausnahme sein.

---

**9. Welche Maßnahmen sollen Ihrer Ansicht nach in Jagdruhezonen (z.B. in Kernzonen von Nationalparks oder durch Befriedungsantrag) ergriffen werden, um Schwarzwildbestände oder invasive Arten wie den Waschbär einzudämmen?**

Die Jagd in Schutzgebieten muss aus Sicht der LINKEN mit den Schutzzielen konform gehen. In Totalreservaten oder Revieren mit einem bestimmten wissenschaftlichen Interesse kann auf die Jagd grundsätzlich verzichtet werden, wenn keine schwerwiegenden Gründe dagegen sprechen.

---

**10. Wird sich Ihre Partei für eine Änderung der Steuergesetze bezüglich der Besteuerung von Jagdgenossenschaften einsetzen?**

Ob die Umsatzsteuer auf die Jagdpacht zu gravierenden Belastungen der Jagdgenossenschaften führt und deshalb diese wieder davon befreit werden sollten, muss DIE LINKE noch prüfen.

---

**11. Hält Ihre Partei die Besteuerung eines Revierschleppers (z.B. zur Beseitigung von Wildschäden) für gerechtfertigt?**

Die Befreiung von der Kfz-Steuer ist der Land- und Forstwirtschaft vorbehalten und dabei dürfen nur dann z.B. Zugmaschinen steuerbegünstigt werden, wenn ihr Einsatz ausschließlich land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dient. Ob die Gemeinwohlleistungen wie die Beseitigung von Wildschäden eine Ausweitung der Begünstigung auf Jagdausübende rechtfertigt, muss DIE LINKE noch prüfen.

---

**Naturschutzpolitische Fragen**

---

**12. Wird sich Ihre Partei für einen dauerhaften eigenen Haushaltstitel zur Umsetzung des "Bundesprogramms Wiedervernetzung" einsetzen? Wenn nein, warum nicht?**

Ja. Das Bundesprogramm Wiedervernetzung ist ein erfolgreicher Schritt zur Wiedervernetzung von Lebensräumen. Die geplanten Wildbrücken stellen eine wichtige Querungshilfe für viele Arten dar. Die Umsetzung des Programms soll zügig voranschreiten. Weiterhin ist uns wichtig, dass diesem sinnvollen Programm nicht durch die großzügige Ausweisung von Infrastruktureubauten entgegengewirkt wird.

---

**13. Wie sieht Ihre Partei die Bestandsentwicklungen und damit einhergehenden Interessenkonflikte von bisher streng geschützten Arten wie beispielsweise Biber und Wolf? Welche Managementmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?**

DIE LINKE spricht sich seit Jahren für Managementmaßnahmen aus, um die Weidehaltung, insbesondere die Schaf- und Ziegenhaltung, effektiv vor dem Wolf zu schützen. Hierfür haben wir wiederholt Haushaltsmittel für die Einrichtung eines bundesweiten Herdenschutzentrums gefordert, das u.a. bundesweit einheitliche Standards für die Ausbildung von Herdenschutzhunden erarbeiten und kontrollieren soll.

---

**14. Hält Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des seit 2002 bundesweit laufenden Wildtiermonitorings (Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands, WILD) für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form könnte eine Unterstützung seitens des Bundes erfolgen?**

Im Sinne einer nachhaltigen Nutzung der Wildtierbestände halten wir dieses Programm für sinnvoll. Bezüglich einer z. B. Unterstützung durch den Bund gibt es in der Fraktion bisher keine abgestimmte Position. Wir werden dieses Thema aber demnächst aufgreifen.

---

**15. Hält Ihre Partei eine Ausweitung von NATURA 2000 und FFH-Gebieten für notwendig? Welche Nutzungsbeschränkungen sollten aus Ihrer Sicht in diesen Gebieten gegeben sein?**

Ja. Die FFH- und NATURA 2000 sind wesentliche Umsetzungsinstrumente der Biodiversitätsstrategien von EU, Bund und Ländern und damit zentral für den Erhalt und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Darüber hinaus leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Trinkwassers, des Bodens und des Klimas sowie durch die Bewahrung historischer Kulturlandschaften zur Erholung und Lebensqualität der Bevölkerung. Wir halten eine Ausweitung und vor allem auch eine Vernetzung der Gebiete für richtig und wichtig.

Um den Schutz der NATURA 2000-Gebiete zu gewährleisten, müssen schädlichen Eingriffe unterbleiben. Die Art der Nutzung sowie Ge- und Verbote müssen immer gebietsspezifisch festgelegt und durch Schutzgebietsverordnungen und konsequente Anwendung der Vorschriften der FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgesetzt werden.

---

**16. Wie steht Ihre Partei zur Auslandsjagd als Instrument zum Schutz bedrohter Wildarten?**

DIE LINKE tritt unabhängig von der Geographie aus ökologischen und tiermedizinischen Gründen für eine flächendeckende und tiergerechte Bestandsregulierung mittels jagdlicher Maßnahmen ein. Die Trophäenjagd sowie die gezielte Jagd in Ländern mit schwächerer Jagdgesetzgebung ohne entsprechende Berücksichtigung des Tierschutzes lehnen wir ab.

## **Agrarpolitische Fragen**

---

**17. Welche agrarpolitischen Weichenstellungen hält Ihre Partei für notwendig, um einer weiteren Abnahme bedrohter Offenlandarten, wie z.B. Rebhuhn oder Feldlerche, entgegenzuwirken?**

DIE LINKE möchte die Biodiversität in der Agrarlandschaft erhöhen und spricht sich u.a. für eine Erweiterung des Greening aus, wobei wir insbesondere ökologische Vorrangflächen mit besonders hohen Effekten auf die Artenvielfalt wie z.B. Feldgehölze, Baumreihen etc. fördern wollen. Agrarumweltmaßnahmen halten wir für eine sinnvolle und notwendige Ergänzung, um besonders gefährdete Arten in der Breite zurück in die Kulturlandschaft zu holen.

---

**18. Hält Ihre Partei eine Vernetzung verschiedener Politikbereiche, wie z.B. Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der GAK, Greening-Vorgaben und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form?**

Ja. Grundsätzlich hält DIE LINKE es für dringend notwendig die Agrar- und Naturschutzpolitik und die Politik für den ländlichen Raum besser und sinnvoller sowie ergebnisorientierter miteinander zu verzahnen. Gleichzeitig müssen die Umsetzungsregeln vereinfacht werden. Ein Mehr an ökologischen Anforderungen in der ersten Säule, z.B. durch den Ausbau des Greening, darf jedoch nicht mit einer Mittelkürzung für Agrarumweltmaßnahmen einhergehen, auch wenn die Ausgestaltung der Maßnahmen angepasst werden muss. Daneben sollten Ausgleichsmaßnahmen bundesweit einheitlich geregelt und könnten z.B. durch Ökokonten erfasst werden.

---

**19. Wie steht Ihre Partei zur Nutzung von Flächen nach der Brut- und Setzzeit, die über Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden? (z.B. über den Anbau von Wildpflanzen, zur Energiegewinnung)**

DIE LINKE fordert mehr ökologische Vielfalt auf und neben den Äckern. Deshalb spricht sich DIE LINKE für ökologisch wirksame Fruchtfolgevorgaben sowie die Fortführung von Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der EU-Förderpolitik aus. Gerade bodenbrütende Vogelarten sind auf Ackerland stark zurückgegangen. Der Anbau von Wildpflanzen und insbesondere mehrjährige Blühstreifen können diesem Trend wirksam entgegenwirken.

## Waffenrechtliche Fragen

---

### **20. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten? Wenn ja, in welcher Form?**

DIE LINKE plant für die kommende Legislaturperiode keine bestimmte Änderung des Waffenrechts. Das Inkrafttreten der novellierten EU-Feuerwaffenrichtlinie wird allerdings eine Überarbeitung des deutschen Waffenrechts notwendig machen.

---

### **21. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?**

Nein. Für die Opfer einer mit einer Waffe begangenen Straftat ist es letztlich nicht ausschlaggebend, ob die Waffe legal oder illegal besessen wurde. Ohnehin ist die Polizeiliche Kriminalstatistik als reine Ausgangsstatistik der polizeilichen Fallbearbeitung nur eingeschränkt aussagekräftig.

---

### **22. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?**

Strafbarkeit und Strafmaß für illegalen Waffenbesitz sind unserer Ansicht nach ausreichend, die präventive Wirkung von Strafverschärfungen ist außerdem sehr begrenzt. Was zunächst einmal notwendig ist, ist die Erstellung eines umfassenden Lagebildes zum illegalen Waffenbesitz und -handel, an dem auch die Bundesländer mitwirken müssten. Erst hieraus werden sich sinnvollerweise weitere Maßnahmen ableiten lassen.

---

### **23. Wie bewerten Sie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Waffenkontrollen? Eine im öffentlichen Interesse durchgeführte Kontrolle wird dem legalen Waffenbesitzer in Rechnung gestellt. Was werden Sie in diese Richtung unternehmen?**

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist für DIE LINKE ein hohes Gut. Einschränkungen an diesem Grundrecht müssen verhältnismäßig und insbesondere erforderlich sein. Im § 36 Abs.3 Waffengesetz wurde für die Überprüfung der Einhaltung der waffenrechtlichen Auflagen betreffend die Aufbewahrung von Waffen eine angemessene Regelung getroffen. Der Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung hat sich demnach auf die Kontrolle der Aufbewahrung zu beschränken. Eine zwangsweise Durchsetzung der Kontrolle ist nur bei dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit möglich.

---

### **24. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?**

Angesichts der Gefahren für Leib und Leben, die bei einer Entwendung und fahrlässig oder vorsätzlich unsachgemäßen Verwendung von Waffen drohen, halten wir die bestehenden Regelungen für erforderlich. In seiner jüngsten Novelle dazu hat der Bundestag eine Anpassung an eine entsprechende EU-Richtlinie vorgenommen, zugleich aber eine angemessene Besitzstandswahrung festgelegt.

---

### **25. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?**

Nein, das halten wir für kontraproduktiv und unpraktikabel. Damit würden Vereinsheime u.ä. zu attraktiven Einbruchszielen. Auch eine Aufbewahrung bei einer Polizeidienststelle, wie vereinzelt gefordert wurde, lehnen wir ab, da hiermit eine polizeifremde Aufgabe an die Polizei delegiert würde. Es ist sinnvoll, dass Jäger und Schützen selbst für die sichere Aufbewahrung ihrer Waffen Verantwortung tragen müssen.

---

### **26. Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum Jäger Ihre Partei wählen sollten?**

Für die jagdpolitische Agenda auch der künftigen Fraktion werden drei Säulen weiterhin tragend sein. Erstens soll die Jagd von dem Ruch frei sein, ein elitäres Hobby von Wohlhabenden mit zu viel Tagesfreizeit zu sein. Alle sollen zur Jagd gehen können, wenn sie denn wollen, und das Grüne Abitur ablegen können. Zweitens muss die Jagd dem Gemeinwohl dienen. Wir wollen keine Trophäenjagd, sondern die Hege eines gesunden Wildbestandes und die Begrenzung von Wildschäden. Drittens wollen wir eine umfassende Reform des Bundesjagdgesetzes. Die noch im Amt befindliche Koalition ist daran aufgrund des Vetos aus Bayern gescheitert: weiterhin gibt es keine bundeseinheitlichen Schießübungsnachweise oder Mindestvorgaben für die Jagdprüfung. Selbst die deutliche Aufwertung des Ausbildungsfachs „Wildhygiene“ ist erst einmal vom Tisch. Damit Bleieinträge in die Lebensmittel- und Nahrungskette minimiert werden, brauchen wir den Ausstieg aus der Bleimunition.